

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 62 (1968)
Heft: 5

Vereinsnachrichten: Unsere Jahresversammlung (28. April 1968)

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 03.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

wir Opfer tragischer Ungerechtigkeit oder schrecklicher Ausbeutung sind. In solchen Augenblicken werden wir fast von Trübsal und Ausweglosigkeit überwältigt. Wir glauben dann, dass sich nirgends mehr ein Lichtschimmer zeigt. Aber dann erscheint doch wieder ein Lichtschimmer am Horizont.»

Die Welt wäre unerträglich, wenn Gott nur ein Licht hätte. Aber wir können uns trösten: er hat zwei Lichter. Eines, das uns in der Helligkeit des Tages den Weg weist, wenn Hoffnungen erfüllt werden und alles uns wohlgesinnt ist, und ein anderes, das uns durch die Dunkelheit der Nacht leitet, wenn wir niedergeschlagen sind und Schwermut und Hoffnungslosigkeit in uns erwachen. Der Psalmist bezeugt, dass wir niemals in der Finsternis wandeln müssen:

«Wohin soll ich gehen vor deinem Geist,
und wohin soll ich fliehn vor deinem Angesicht?
Führe ich auf zum Himmel, so wärest du da,
und lagert' ich mich in der Unterwelt, so wärest du dort;
nähme ich die Schwingen des Morgenrots zum Flug
und liesse mich nieder am äussersten Westmeer,
so würde auch dort deine Hand mich führen
und deine Rechte mich fassen;
und spräch' ich: ‚Lauter Finsternis soll mich umhüllen
und Nacht sei das Licht um mich her!‘ —
auch die Finsternis würde für dich nicht finster sein,
vielmehr die Nacht dir leuchten wie der Tag:
Finsternis wäre für dich wie das Licht» (Menge).

Dieser Glaube soll uns in unserem Kampf um die Flucht aus jedem bösen Ägypten stärken. Dieser Glaube wird unseren müden Füßen eine Leuchte sein und ein Licht auf unserem beschwerlichen Weg. Und ohne diesen Glauben werden die kühnsten Träume der Menschheit allmählich in Staub zerfallen.

In: Martin Luther King jr., Kraft zum Lieben.
Friedrich-Bahn-Verlag, Konstanz, 1964

Unsere Jahresversammlung

28. April 1968

Am 28. April fand in Zürich die Jahresversammlung 1968 der religiös-sozialen Vereinigung der Schweiz und der Vereinigung «Freunde der Neuen Wege» statt.

Präsident Dr. Hugo Kramer konnte eine stattliche Zahl Freunde, vor allem aber den Referenten der Tagung, Herrn Dr. Herbert Mochalski, Verlagsleiter und Chefredaktor der «Stimme der Gemeinde», aus Frankfurt begrüßen.

Einleitend las Dr. Mochalski wesentliche Gedanken aus der Betrachtung «Liebet eure Feinde — ein Gebot für die Praxis» («Stimme der Gemeinde» Nr. 9/1968, Sp. 265—268) des ermordeten amerikanischen Pfarrers und Negerführers Martin Luther King vor. Mit der wichtigen Feststellung, dass man wohl die menschenunwürdigen Verhältnisse, aber keinesfalls die Menschen hassen dürfe, leitete Dr. Mochalski zu seinem vorzüglichen Referat «Die politische Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland» über.

In den drei Eingangsthesen stellte der Referent fest, dass die Bundesrepublik Deutschland (BRD) erstens ein Kind des Kalten Krieges, zweitens der Nachfolgestaat des Dritten Reiches und drittens der Gefahrenherd für den Frieden in Europa sei. Schon 1946, endgültig dann 1948, wurde auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges die BRD als *Speerspitze* des Westens gegen den Osten, der USA gegen die UdSSR, der kapitalistischen gegen die sozialistischen Staaten konzipiert. Im Kampf gegen den Sozialismus sollte die BRD zur tragenden Säule, zum Eckstein, zur europäischen Basis des Kapitalismus werden. Die BRD ist Rechtsnachfolgerin des Dritten Reiches. Sie ist aber auch tatsächlich Nachfolgerin des Hitlerstaates, weil sie dessen *Antikommunismus* aufgenommen und weitergeführt hat. Speerspitze und Antikommunismus sind die Grundlagen für die westdeutsche Wiederaufrüstung, den Ruf nach Grenzrevisionen im Osten und das Drängen auf atomares Mitspracherecht.

Es ist nötig, die ganze Entwicklung in einen grösseren Zusammenhang zu stellen. Unter Historikern und Politikern besteht wohl kein Zweifel, dass das Jahr 1917 mit der russischen Oktoberrevolution ein sehr bedeutendes Ereignis darstellt. Sehr bald erkannten die Gegner einer fortschrittlichen Entwicklung die Gefahr, die ihnen vom neuen Russland her drohte. Sie versuchten in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen mit allen Mitteln, z. B. durch die Interventionskriege 1918 bis 1921, an denen alle westlichen Staaten teilnahmen, den ersten sozialistischen Staat zu beseitigen. Da dies nicht glückte, baute man um die UdSSR herum einen «Cordon sanitaire» auf. Das Münchener Abkommen 1938, bei dem bezeichnenderweise die Sowjetunion nicht begrüsst wurde, hatte zum Ziel, die nationalsozialistische Aggression auf den Osten abzulenken. Ein System sollte das andere zerstören. Die nachweisbar den Deutschen überlegenen Armeen Frankreichs und Englands standen 1939 Gewehr bei Fuss an der Westfront, als Nazideutschland seinen Angriff nach Polen hineinrug. Nach dem Zweiten Weltkrieg zerfiel die Antihitlerkoalition und die alte Parole vom Kampf gegen die UdSSR wurde wieder aufgenommen, denn man hatte «das falsche Schwein geschlachtet» (Churchill). Durch den Marshallplan bauten die USA unter Bruch des Potsdamer Abkommens die deutsche Industrie mächtig auf und duldeten deren Monopolisierung. Die von den Westmächten geschaffene Tri-Zone leitete zur BRD über. In Deutschland führten die Herrschenden die Verfolgung Andersdenkender weiter. 1950/51 verbot eine noch heute wirksame politische Strafjustiz die KPD. Die gesellschaftliche Diffamierung der sogenannten «Kommunisten» ist an der Tagesordnung; sie dringt in die Fabriken, ja in die Häuser hinein und vergiftet die ganze Atmosphäre.

Die gelenkte Presse berichtet nichts davon, dass Zehntausende von Menschen gesellschaftlich geächtet und weit über hunderttausend Verfahren anhängig sind. Durch Verfassungsänderungen schränkt man die im Grundgesetz festgestellten Rechte ein. In der BRD erhebt man den Rechtsanspruch auf die Wiederherstellung von Deutschland in den Grenzen von 1937. Dabei berufen sich die Wortführer auf das Potsdamer Abkommen, das jedoch nur aus formalen Gründen das Deutschland von 1937 erwähnte, um das besiegte Land in die Besatzungszonen einteilen zu können. Man spricht von widerrechtlich weggenommenen Gebieten und titulierte die DDR als sowjetische Besatzungszone. Die BRD erhebt den Alleinvertretungsanspruch und fordert daher als einziger Staat in Europa Grenzrevisionen. Die DDR kann nicht anerkannt werden und soll zu Westdeutschland geschlagen werden. Nicht nur die Landsmannschaften sind Sprachrohr dieser Auffassung. «Wie können wir die DDR von der Sowjetunion einhandeln?» fragt beispielsweise Fraktionsvorsitzender CDU/CSU R. Barzel in der «Zeit». Das ständige Gerede von einer Bedrohung der BRD durch die Sowjetunion ermöglichte die wuchtige Aufrüstung Westdeutschland seit 1950. Heute ist die BRD innerhalb der NATO die grösste Militärmacht in Europa und die zweitgrösste Wirtschaftsmacht nach den USA. Die Nationalsozialisten werden insofern rehabilitiert, als man sich selber rechtfertigt und sagt, man hätte doch richtig gehandelt, als man Europa gegen den Bolschewismus verteidigte. Eigentlich hätte es nur einige wenige «böse Männer» gegeben, die im Nürnberger Prozess bestraft worden seien. An allem sei im Grunde genommen allein Hitler schuld gewesen. Alle anderen hätten im Befehlsnotstand und in der Bindung an den Eid gehandelt. Einer ist der Sündenbock, alle anderen sind schuldlos. Darum ist es nicht verwunderlich, wenn an den Schlüsselpositionen in Politik, Verwaltung, Industrie, Kirche und Schule grösstenteils wieder «die Alten» sitzen. Wie 1918 so fand auch 1945 keine Ablösung der Schichten statt, die das Alte aufgebaut und gestützt hatten. Erschreckend ist es, dass sich die Bevölkerung nicht auflehnt dagegen, dass Leute wie Lübke und Kiesinger die führenden Posten in der BRD einnehmen dürfen. Wie in den USA, so schaltete man auch in Westdeutschland die Gewerkschaften gleich; nur noch der Kampf um die Lohntüte spielt eine Rolle. Die Arbeiter besitzen kein Klassenbewusstsein mehr. Bezeichnend ist, dass sich auch die Terminologie gewandelt hat: Man spricht nur noch von Sozialpartnern und Arbeitnehmern, nicht mehr von Arbeitern. Es ist eigentlich nicht so entscheidend, dass es eine NPD gibt; entscheidend und schlimm ist das Klima in der Bundesrepublik, das ein Aufkommen einer solchen neonazistischen Partei möglich macht und alle anderen Parteien auch in dieser Richtung drängt. Daher kann der Präsident des Bundestages, E. Gerstenmaier, unbekümmert sagen, man solle einmal abwarten, wie sich die NPD bewähre!

Es gab und gibt nun aber in Westdeutschland *Gegenbewegungen*, welche diese politische Entwicklung bekämpfen und um eine wirkliche Umkehr innerhalb der Bevölkerung ringen.

Innerhalb der *evangelischen Kirche* wurde 1945 die «Stuttgarter Erklärung» von 12 bedeutenden Persönlichkeiten unterzeichnet. Nur Martin

Niemöller nahm sie zum Anlass, in der Predigt das deutsche Volk zur gründlichen Umkehr aufzurufen. Für die anderen Würdenträger war sie die Grabplatte auf die Vergangenheit. Eine alte, unangenehme Sache war damit erledigt, eine Umkehr nicht nötig und man konnte neu beginnen. Das deutsche Pfarrhaus, der deutsche Pfarrer, war von jeher deutschnational. Der Widerstand gegen Hitler war vorwiegend ein innerkirchlicher. Der Traum eines christlich-nationalen Staates wurde durch die CDU vertreten und in der BRD verwirklicht. Das «Darmstädter Wort» der Kirchlichen Bruderschaften (1947) versuchte in der evangelischen Christenheit Deutschlands einen Ansatz zu einer gesellschaftlich-sozialen Erneuerung zu geben. Es ist beim Ansatz geblieben.

Im *politischen Bereich* ging die Gegenbewegung von der KPD und der SPD aus. Sehr bald wurde die KPD verboten und schied aus. 1950/51 wurde auf einen Volksentscheid gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands hingearbeitet. Er wurde als «kommunistisch» abgelehnt und der damalige Bundespräsident T. Heuss meinte: «Das Volk ist dazu nicht reif!» 1958 riefen der Vorstand der SPD und die Gewerkschaftsleitung zum «Kampf gegen den Atomtod» auf. Man schielte jedoch auf die Wählerstimmen, die Grosse Koalition kam ins Blickfeld und die Kampagne wurde von den Initiatoren von oben her auf klägliche Weise gestoppt. Die SPD-Politik war am Ende. 1951 wurde die «Gesamtdeutsche Partei» unter Heinemann, später die «Deutsche Friedensunion» gegründet. Die Entwicklung beider Parteigründungen scheiterte grossenteils an der 5-Prozent-Klausel und der Diffamierung durch die etablierte Gesellschaft. Anstelle der Diskussion trat wieder die Diffamierung. Die Versuche, durch Parteien und Parteigründungen Einfluss auf eine fortschrittliche, demokratische Entwicklung der BRD zu nehmen, müssen als gescheitert gelten.

Jetzt gewann die *ausserparlamentarische Opposition* an Bedeutung. Aus der Anti-Atombewegung heraus entwickelte sich die nun zehnjährige Ostermarschbewegung, die sich heute «Kampagne für Demokratie und Abrüstung» nennt. Beinahe einzigartig für Deutschland ist die Tatsache, dass die Intelligenz als «Kuratorium Notstand der Demokratie» die Arbeiterschaft aufruft zum Kampf gegen die verhängnisvolle Notstandsgesetzgebung, der dieser Tage wieder in ein ganz entscheidendes Stadium tritt. Dann fanden sich anfangs 1968 kleine sozialistische Gruppen und Einzelpersonen zur Gründung eines «Sozialistischen Zentrums» zusammen. Für alle Beteiligten jedoch sehr überraschend ist aber die Opposition der Studenten. Noch um 1960 herum war es sehr schwer, diese Gruppe zur aktiven Anteilnahme am politischen Leben heranzuziehen. Man schwieg, ja ein Aufblühen der alten Burschenherrlichkeit war zu verzeichnen. Der «Sozialistische Deutsche Studentenbund» (SDS), eine kleine Gruppe von etwa 1700 Mitgliedern, setzte sich zuerst theoretisch sehr gründlich mit der Form der heute herrschenden Gesellschaft auseinander. Nachweislich hochqualifizierte Studenten nahmen den Kampf gegen das autoritäre Hochschulwesen auf und veröffentlichten darüber eine umfangreiche Arbeit, die jedoch gar nicht beachtet wurde. Als dann setzte der Protest gegen die USA-Kriegsführung in Vietnam und die

Unterstützung des USA-Engagements durch die BRD ein. Man forderte moralische Kategorien für die Politik. Kirche, Parteien und eine stumpf-gewordene Gesellschaft liessen wichtige Fragen, die einer raschen und radikalen Lösung harrrten, beharrlich liegen und deckten sie gar zu. Professoren, die nichts gelernt hatten aus der Vergangenheit, unterrichteten weiter. In Industrie, Militär, beim Verfassungsschutz, in Geheimdiensten usw. etablierten sich die alten Machtverhältnisse. Die Polizei erschoss einen Benno Ohnesorg (2. Juni 1967) und Karl Kraus bekam recht, wenn er einmal sagte: «Der Skandal fängt an, wenn ihm die Polizei ein Ende macht.» Einige Personen in der Parteioligarchie machen als Grosse Koalition hinter verschlossenen Türen in Demokratie. Die belogene junge Generation will auf die Strasse und gegen diese Heuchelei, gegen diese satt- und stumpfgewordene Gesellschaft, demonstrieren. Zwar will eine gelenkte Presse alles auf ein «Ungeheuer», Rudi Dutschke, zurückführen, ihn zum «Kommunisten» stempeln und die Volkswut auf ihn lenken. Es gibt aber Hunderte von Dutschkes. Kiesinger glaubt die Forderung des breiten Volkes zu verkündigen, wenn er Ruhe und Ordnung verlangt. An diesen Zuständen ist die heutige Gesellschaft in der BRD schuld, nicht der angebliche «Kommunismus» der Studenten.

In der ausgedehnten und rege benützten Diskussion beantwortete der Referent auf umfassende Weise Fragen über die Studentenbewegung, die Notstandsgesetzgebung, die Pressekonzerne und den gewaltlosen Kampf.

Die Zuhörer dankten Herrn Dr. Mochalski aus Frankfurt für seinen ausgezeichneten, aufklärenden und aufrüttelnden Vortrag und hoffen sehr, dass dem Wirken der demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik doch ein gewisser Erfolg möge beschieden sein. C. S.

Leonhard Ragaz im Kampf der Zeit

Der lang erwartete zweite Band der *Ragaz-Biographie von Dr. Markus Mattmüller* ist nun vor kurzem herausgekommen.* Er ist ein Buch von 588 Seiten geworden — viel umfangreicher somit als der erste Band mit seinen nur 248 Seiten. Die Darstellung umfasst die Zeit von 1912 bis 1921, von den letzten Friedensjahren (mit dem sozialistischen Friedenskongress in Basel als eindrucksvollem Auftakt) über den Ersten Weltkrieg und die revolutionäre Gärung nach dem Krieg bis zu der grossen Wende in Ragazens Leben: dem Verzicht auf seine Professur an der Universität Zürich. Es war, wie der Biograph sagt, die Zeit «mit der grössten Breitenwirkung» im Leben von Leonhard Ragaz.

Die Bedeutung des vorliegenden Werkes liegt aber nicht nur in der bis

* Markus Mattmüller: Leonhard Ragaz und der religiöse Sozialismus. Eine Biographie. Band II: Die Zeit des Ersten Weltkrieges und der Revolutionen. EVZ-Verlag Zürich, 1968.